

+++ RÜCKBLICK - Bundestag-Petition gegen den Bau des LNG-Terminals – Mai 2023 +++

Die Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages am 08.05.2023 sollte eine Zäsur im Umgang der Bundesregierung mit den LNG-Kritikern werden.

Nicht nur die Petenten, sondern die Menschen auf der Insel, hofften auf den versprochenen Dialog mit der Bundespolitik, um ihre Argumente vorbringen zu können und der Vernunft noch einen Weg zu bahnen. Mit Spannung und in Erwartung, dass der Protest von Rügen im politischen Berlin endlich ernst genommen wird, fieberten die LNG-Kritiker der Sitzung entgegen.

Für den 07.05.2023 hatten die Initiative „Rügen gegen LNG“ und die BI zur Kundgebung aufgerufen. Bis zu 300 Menschen nahmen am Sonntagvormittag auf dem Kurplatz in Binz daran teil. Zu Beginn wurden Original-Brummtöne der LNG-Schiffe vor Lubmin eingespielt, bevor sich die Redner klar gegen die Bundespläne positionierten ...

Für die Beratung im Petitionsausschuss am folgenden Tag wurden die beiden Petenten Marvin Müller und Kai Gardeja mit den besten Wünschen verabschiedet. Lautstark ertönte von allen Teilnehmern in einer „Endlosschleife“ der unmissverständliche Ruf „Kein LNG!“.

Am 08.05.2023 tagte der Petitionsausschuss in einer öffentlichen Sitzung zur Binzer Petition. Die Sitzung konnte im Parlamentsfernsehen live verfolgt werden. Zuvor gab es in Berlin vor dem Bundeskanzleramt eine Protestkundgebung. Mitstreiter der BI nahmen sowohl an der Kundgebung als auch als Zuhörer an der Sitzung teil.

Sachlich fundiert und ruhig trugen Marvin Müller und Kai Gardeja ihr Anliegen dem Ausschuss vor. Das Projekt werde eine dauerhafte Beschädigung des Ökosystems und der Lebensgrundlagen der Menschen auf Rügen zur Folge haben, warnte Müller.

Die Belastungen wären gewaltig und vordringlich gegen die Verpflichtungen von Umwelt- und Naturschutz gerichtet.

Durch das Vorgehen der Bundesregierung, bei dem die Menschen vor Ort außer Acht gelassen wurden, sei sehr viel Porzellan zerschlagen worden. Die Menschen auf Rügen seien offen für die benötigte Transformation. Senke man aber bei Genehmigungsverfahren Fristen ab, würden auch die Fristen für eine gesellschaftliche Debatte abgesenkt.

Die Petenten machten deutlich, wie sehr die LNG-Pläne die Inselbewohner bewegen. Für sie ist es nicht nachvollziehbar, das Projekt in einer derart sensiblen Region umzusetzen, obwohl es keinen Beleg für eine Gasmangellage gibt.

Die OSTSEE-ZEITUNG berichtete, dass der Parlamentarische Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums Stefan Wenzel (Grüne) bei der Anhörung die Bundesregierung vertrat. Ihr liege daran, gemeinsam mit der Landesregierung zu einem Ergebnis zu kommen. Der Bund habe bereits vor Ostern eine Standortentscheidung vom Land erwartet. Da diese ausblieb, komme man jetzt in „zeitliche Verdrückung“, so Wenzel. An den Plänen halte der Bund mit dem Argument einer drohenden Unterversorgung weiter fest. Auf das beschleunigte Verfahren könne nicht verzichtet werden, wenn man das Ziel hat, im Winter tatsächlich im Ostseeraum auch Gas zur Verfügung stellen zu wollen. In der Sitzung verstieg sich der Bundespolitiker sogar zu der Aussage, dass er die Petition als erledigt ansehe, da das LNG-Terminal nicht vor Sellin entstehen wird, sich die Petenten aber gegen diesen Standort verwehren.

Von einer ständig mit dem Kopf nickenden Mitarbeiterin assistiert, waren die Ausführungen von Stefan Wenzel (Grüne) selbstgefällig und plakativ. Viele Fragen der Abgeordneten des Petitionsausschusses blieben unbeantwortet. Die Aussagen des Staatssekretärs waren zudem, wie sich im Nachhinein noch zeigen sollte, unvollständig und entsprachen nicht dem aktuellen Stand. Nicht nur die Menschen auf Rügen reagierten darauf mit Entsetzen und Wut. Sie empfanden den Auftritt des Regierungsvertreters beschämend und als Missachtung der Petenten. Nach dem Auftreten von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in Binz brüskierte ein weiterer Regierungsvertreter LNG-Kritiker und ließ am Demokratieverständnis Regierender ebenso wie am Respekt gegenüber den Bundestagsabgeordneten zweifeln.

Die Petenten zeigten sich nach der Anhörung enttäuscht. Es sei viel laviert worden, so Müller. Klar geworden sei, dass der Bund weiter Mukran als Standort favorisiere.

Die heutige Anhörung im Petitionsausschuss hat den Bürgerwillen zum Ausdruck gebracht: Rügen darf kein LNG-Terminalstandort werden. Natur und Tourismus dürfen diesem sinnlosen Vorhaben nicht untergeordnet werden, so Gardeja.

Der NORDKURIER kommentierte das drastischer und schrieb, dass die Gegner des Flüssiggas-Projektes in Berlin längst nicht alle Fragen beantwortet bekamen und Rügen an Habecks Staatssekretär verzweifelte.

Die im Zusammenhang mit den LNG-Plänen des Bundes kritisierte Kommunikation setzte sich fort. Der NORDKURIER konstatierte, dass das Schwarze-Peter-Spiel zum Standort für ein LNG-Terminal an der Ostseeküste zwischen Landes- und Bundesregierung weitergehe. Der Ball liege im Feld von Habeck. Der Bund muss einen Vorschlag machen.

Es geht nicht, dass er jetzt einfach versucht, den Spieß umzudrehen, so Patrick Dahlemann (SPD), Chef der Staatskanzlei und Vertrauter von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), im Gespräch mit dem NORDKURIER. Zudem müsse der Bund schriftlich den Bedarf eines Terminals unterstreichen.

BI/tk. 250.000 Unterschriften* bei der Bürgermeisterpetition, 95.000 bei der Bundestag-Petition und die nicht enden wollenden Proteste bedeuten: Kein LNG vor oder auf Rügen! Da könnte das „Rätselraten“ um den Bedarf und das Schwarze-Peter-Spiel um den Standort endlich beendet werden ...

* Anfang März 2024 waren es bereits 351.500 Unterschriften.

Nur 24 Stunden nach der Anhörung im Bundestagsausschuss schockte die Nachricht, dass nun doch Mukran LNG-Standort wird. Landwirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) machte die Entscheidung der Bundesregierung öffentlich.

Landwirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) bezog sich auf ein Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums, das bereits am Freitag zuvor, also noch vor der Anhörung im Petitionsausschuss, in Schwerin eingegangen war und wohl auch dem Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Wenzel (Grüne) bekannt gewesen sein müsste.

Die Landesregierung hätte vor der Ausschusssitzung die Entscheidung bekanntgeben müssen, tat es aber nicht. Und selbstredend benötigt die Bundesregierung wohl kaum eine Landesregierung, um eigene Entscheidungen zu verkünden.

Selbst am Montag während der Ausschusssitzung war noch Gelegenheit durch Stefan Wenzel (Grüne) den Fakt mitzuteilen. Die Kommunikation von Bund und Land blieb ein Desaster. Bundes- und Landesregierung hatten erneut ihre Glaubwürdigkeit leichtfertig verspielt ...

SOLARYFY berichtete am 10.05.2023, dass die Bundesregierung offenbar allen Protesten und Bedenken zum Trotz im Geheimen den Bau des LNG-Terminals im Hafen von Mukran beschlossen hat.

Der NDR informierte, dass sich der Bund im monatelangen Streit festgelegt hat. Nach den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) soll die Flüssig-Erdgas-Station im Hafen Mukran auf Rügen entstehen. Ein entsprechendes Schreiben von Habeck an Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) liege dem Sender vor ...

Am 12.05.2023 wurde bekannt, dass sich SPD-Politiker im Land den LNG-Plänen nicht versperren wollen und sie lediglich einforderten, die Menschen auf Rügen müssten etwas vom Terminal haben ...

Wie vom Bundeswirtschaftsminister in Mukran angekündigt, brachte das BMWK nach der Ressortabstimmung den Gesetzentwurf für das LNG-Beschleunigungsgesetz auf den Weg zur Abstimmung in den Bundestag ...

Die OSTSEE-ZEITUNG berichtete am 16.05.2023, dass die Firmen ReGas und Gascade erstmals die Pläne für Mukran vorstellen wollen ...

vgl: Thomas Kunstmann:
Rügen wehrt sich. Die LNG-Proteste der Bürgerinitiativen im Spiegel der Medien,
Dokumentation 2024, Seite 21 ff.

